

FDP
Die Liberalen



SCHWYZER FREISINN

Schwyz	2/3/4/5	Unternehmensverantwortung	9	Energie- und Klimapolitik	11	«No Billag»	15
Page latine	8	Waffenrecht	10	Delegiertenversammlung	12/13	Interview mit Beat Walti	16

10. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Schwyz

Inhalt

Editorial

Freiheit und Staat – passt das zusammen?

Seite 2

Abstimmung vom 4. März

Pro und Contra «No Billag»

Seite 3

Suito 1833

Jahresbot in Gersau

Seite 4

Jungfreisinnige Schwyz

Referendum gegen Geldspielgesetz

Seite 5

Bilaterale Verträge

Die bilateralen Verträge tragen wesentlich zum Wohlstand der Schweiz bei. Doch die anhaltende Rechtsunsicherheit schadet unserer Wirtschaft. Gefragt ist laut Ständerat Damian Müller ein nüchternes Vorgehen, um endlich stabile Verhältnisse zwischen der EU und der Schweiz zu schaffen.

Seite 18

Arbeitsmarkt und Digitalisierung

Wie wirkt sich die Digitalisierung auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus? Was passiert, wenn die «Roboter» kommen? Viel wird spekuliert – Dr. Marco Salvi, Experte für Arbeitsmarkt und Digitalisierung, präsentiert die Fakten.

Seite 23

FDP-Delegierte deutlich gegen «No Billag»-Initiative

Klares Verdikt der Schwyzer Liberalen gegen die «No Billag»-Initiative. Die kantonalen Delegierten fassten in Altendorf mit 13:41 die Nein-Parole.

Roger Bürgler

An der ersten Delegiertenversammlung des neuen Jahres hatten die Delegierten der FDP.Die Liberalen im Dorfzentrum Altendorf über zwei kantonale und zwei nationale Vorlagen zu befinden. Gespannt war man vor allem, ob die Schwyzer Liberalen der FDP-Mutterpartei folgen und ebenfalls Nein zur emotional debattierten «No Billag»-Initiative sagen.

Ständerat Joachim Eder punktete

Gegen die Initiative, die das Ende der SRG und etlicher weiterer Radio- und TV-Stationen zur Folge hätte, wehrt sich in der kontradiktorischen Diskussion der Zuger Ständerat Joachim Eder. Joachim Eder Kontrahent war «No Billag»-Befürworter der ersten Stunde Claudio Grass, ebenfalls aus dem Kanton Zug. Dieser sieht im «SRG-Monopol» einen Staatszentrismus mit vorwiegend linken Mitarbeitern. Die «No Billag»-Initiative sei zudem ein Akt der Aufklärung und Schritt in die Freiheit! «Einzig das Privileg von Zwangsgebühren fällt



Sie standen am Dienstag an der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen des Kantons Schwyz in Altendorf im Fokus. Der Zuger FDP-Ständerat und «No Billag»-Bekämpfer Joachim Eder und die Schwyzer Kantonalpräsidentin Marlene Müller. FOTO: ROGER BÜRGLER

weg, die SRG kann durchaus weiterexistieren!» Wie diese finanziert werden soll, sagte Claudio Grass genauso wenig, wie die Sprachminderheiten und Randregionen auch mit regiona-

len Informationen bedient werden sollen. «Es braucht eine Diskussion über die SRG, genauso, wie auch ein

Fortsetzung auf Seite 2

Freiheit und Staat – passt das zusammen?

Marlene Müller

Der Liberalismus verfolgt das Ziel, möglichst individuelle Freiheit zu erreichen. Diese Freiheit soll möglichst gross sein, und zwar für jeden. Nicht wie im Absolutismus nur für den absoluten Herrscher oder wie beim Egoismus allein für mich. Damit findet die persönliche Freiheit ihre wesentliche Begrenzung in den entsprechenden Freiheitsrechten für alle anderen. Wie die Freiheitsrechte genau zu definieren sind, damit die jeweils individuelle Freiheit möglichst gross und zugleich für alle gleich ist, das ist ein wesentlicher Diskussionspunkt für Liberale und kann gegebenenfalls auch zu verschiedenen liberalen Positionen führen.

Wahrhaft Liberale wollen nicht einfach weniger Staat, tiefere Steuern und



Marlene Müller

weniger Umverteilung. Vielmehr streben sie eine möglichst grosse individuelle Wohlfahrt an. Dazu gehören ein hoher individueller Wohlstand, sowie

grosse individuelle Freiheiten. Beides benötigt einen starken und schlanken Staat, gute und günstige Leistungen, hohe Chancengleichheit, effektive soziale Sicherung sowie eine intakte Umwelt.

Liberale sind nicht weniger sozial und umweltbewusst

Liberale sind also keinesfalls weniger sozial und umweltbewusst als Linke und Grüne. Aber sie sehen den Zielkonflikt zwischen individuellem Wohlstand und staatlichen Eingriffen realistischer. Letztere bringen Regulierungen, welche schliesslich die Freiheit einschränken und zumeist leistungsfeindliche Anreize schaffen.

Liberale wollen, dass alle Politik – auch Sozial- und Umweltpolitik – nicht zum Selbstzweck, sondern möglichst effizient betrieben wird, also

möglichst wirksam, günstig und mit wenig negativen Anreizwirkungen.

Viele nennen sich liberal, aber sind sie auch wirklich liberal? Als Verdeutlichung dieser Frage möchte ich folgende Aussagen anführen:

■ Ich fahre nicht Zug, deshalb braucht es keinen ÖV oder nur in den Stosszeiten.

■ Ich habe keine Kinder, wieso soll ich an die Bildung bezahlen.

■ Ich schaue nie Fernsehen, deshalb will ich auch keine Fernsehgebühren bezahlen.

Gesellschaftspolitische Verantwortung sieht für mich anders aus. Und darum versucht der Liberalismus, einen vernünftigen Kompromiss zu finden zwischen positiver und negativer Freiheit, zwischen Eigenverantwortung des Individuums und staatlicher Verantwortung dafür, dass Individuen sich und andere nicht ruinieren.

Fortsetzung von Seite 1

Mediengesetz in Vorbereitung ist», sagte Joachim Eder, Zuger FDP-Ständerat aus dem gemäss NZZ SRG-kritischsten Kanton der Schweiz. «Die Initiative fordert drei neue Verbote in der Verfassung, und als Liberaler friert mich allein schon dies!» Für Eder bedeutet ein Ja auch eine Schwächung des Medienplatzes Schweiz! «Es gibt nur Verlierer. Nicht nur die SRG und viele weitere TV- und Radiostation. Letztendlich verlieren wir als Konsumenten. Wir wären auch das einzige demokratische Land in Europa ohne öffentliche Medienanstalt. Finanzkräftige Unternehmer würden wohl die Medienhoheit besitzen. Das ist sicher

nicht im liberalen Geiste.» Die SRG sei nicht perfekt. Es gebe viele Schwachpunkte, «viele Fehler wurden gemacht, und es braucht eine vertiefte Diskussion. Sicher aber keinen Schlaghammer!» Prominent unterstützt wurde der Zuger Ständerat von FDP-Parteipräsidentin Petra Gössi. Trotz vieler kritischen Voten fassten die FDP-Delegierten mit 13:41 überraschend deutlich die Nein-Parole.

Transparenzinitiative hatte keine Chance

Deutlich Ja sagten die Schweizer Liberalen hingegen zum Bundesbeschluss zur neuen Finanzordnung 2021, wel-

cher dem Staat die Kompetenz gibt, weiterhin die direkte Bundessteuer und auch die Mehrwertsteuer zu erheben, was für die Staatsfinanzierung von zentraler Bedeutung ist.

FDP-Parteipräsidentin Marlene Müller (Wollerau) präsentierte in Altdorf den aufgrund des fakultativen Referendums zur Abstimmung vorliegenden Kantonsratsbeschluss über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung. Die Liberalen folgten der Parlamentsmehrheit und sagten mit 58:0 Ja zur Vorlage. Die Volksinitiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung», die sogenannte Transparenzinitiative, wurde vom Schweizer FDP-Kantonsrat Markus Kern vorgestellt: «Einen Wahlauschluss bei einer nicht korrekten Offenlegung einzusetzen, ist völlig unverhältnismässig und schon gar nicht verfassungskonform.» Schliesslich sei eine solche Initiative im Kanton Schwyz gar nicht praktikabel, denn sie hätte einen gewaltigen Verwaltungsaufwand zur Folge. Die FDP-Delegier-

ten sagten mit 58:0 Nein zur Transparenzinitiative der Jungsozialisten.

Kritik an Kritik

Zu Beginn der DV gab es deutliche Worte von der Kantonalpräsidentin und FDP-Kantonsrätin Marlene Müller (Wollerau). Sie sei es langsam leid, ewig zu Nörgeleien und vor allem dem Vorwurf, dass die «rechtsbürgerliche» Mehrheit verhindere, Stellung nehmen zu müssen: «Unserem Kanton geht es gut, die Finanzen sind im Lot, die Menschen fühlen sich sicher, schätzen die Lebensqualität, und wir verfügen über eine gute Infrastruktur.» Gerade die FDP leiste neben Regierungs- und Kantonsrat mit fast 50 Behördenmitgliedern auf Bezirk- und Gemeinde-stufen einen massgeblichen Beitrag für einen gesunden und lebenswerten Kanton Schwyz. «Und wir sind mit vielen qualifizierten und engagierten Persönlichkeiten bereit für die anstehenden kommunalen Wahlen», sagte Marlene Müller weiter. «Denn wir Liberalen übernehmen gerne Verantwortung.»

Parolen

«No Billag»:	NEIN-Parole mit 13:41 (2 Enthaltungen)
Finanzordnung 2021:	JA-Parole mit 58:3 (0 Enthaltungen)
Prämienverbilligung:	JA-Parole mit 58:0 (0 Enthaltungen)
Politikfinanzierung:	NEIN-Parole mit 58:0 (0 Enthaltungen)

Contra «No Billag»

Medienvielfalt statt Kahlschlag

Roger Bürgler, Gersau,
Kultur- und Medienschaffender,
Medienverantwortlicher
FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz



Die FDP und somit auch wir Schwyzer Liberalen verweisen oft auf das Erfolgsmodell Schweiz. Ein Bestandteil davon ist die heimische Medienvielfalt, die nicht zuletzt auch dank kleinen Verlagshäusern und Redaktionen die Menschen in allen Landesteilen und abgelegenen Regionen mit aktuellen und auch lokalen Informationen versorgt. Diese Medienvielfalt zeigt sich in unserem Kanton mit noch immer sechs Zeitungen, die man im Abo oder an den Kiosken kaufen kann.

Hinzu kommen noch Lokalradios, zwei regionale TV-Stationen sowie einige Gratisanzeiger, die ihren inhaltlichen Fokus mitunter auch auf unseren Kanton legen. Nun ist die «No Billag»-Initiative für viele vor allem eine No-SRG-Initiative. Und dies allein gilt es schon zu verhindern, wenn auch ich der Meinung bin, dass hier durchaus etwas abgespeckt werden dürfte (was bei künftigen Gebühren von 365 Franken ohnehin passieren muss).

Aber ich weise auf die Kollateralschäden der Initiative hin: Viele kleine Redaktionen müssten dichtmachen. Ein leider bereits wahrnehmbarer Medienzentrismus würde massiv forciert und die Informationsgewalt auf wenige Unternehmer konzentriert, die – das meine ich ganz explizit als Liberaler – für unseren freiheitlichen und

toleranten Geist wenig förderlich wären. Im Gegenteil. Dies wäre eine Gefahr. Auch für Artikel 17 unserer Verfassung, der besagt, dass die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen gewährleistet sein muss.

Für diesen Punkt braucht es zwingend eine SRG. Ein ähnliches Konstrukt kann nicht so schnell wieder erstellt werden, vor allem auch, weil die Konzession versteigert wird und mit grösster Wahrscheinlichkeit an ein grosses Medienhaus oder eine möglicherweise unheilige Allianz geht. Solche Beispiele kennen wir vor allem aus Osteuropa. Und sollte dies auch in der Schweiz eintreffen, dann sehe ich nicht nur bei der SRG ein Lichterlöschen.

Seitenblick

1 = 1?

Ein Franken ist ein Franken. Denkt man. Der Entscheid, ob ein Franken ausgegeben wird oder nicht, erfolgt mit Blick auf den Nutzen der dafür erhaltenen Leistung und unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens – das lehrt uns die traditionelle Ökonomie.

In der Finanzpolitik sehen wir aber oft ein anderes Verhaltensmuster. Da ist ein Franken nicht immer ein Franken. Es kommt nämlich darauf an, aus welchem Topf der Franken kommt. Beispiel Kulturlastenausgleich: Soll das Geld aus dem Steuer- oder dem Lotterietopf finanziert werden? Gut, man kann sagen: «Ich spiele kein Lotto, also finanzieren das die anderen.»

Schwieriger wird das Argument beim Strassenbau. Ob die Finanzierung hier aus der Verkehrssteuer oder aus der Einkommenssteuer erfolgt, macht faktisch keinen Unterschied, da die meisten Haushalte ein Auto besitzen. In der politischen Wahrnehmung aber ist der Franken aus dem Strassentopf und der Franken aus dem direkten Steuertopf nicht gleichwertig. Aus dem Strassentopf finanziert, entsteht der Eindruck, das koste ja nichts. Aus den direkten Steuern finanziert, tut es den Politikern weh – obwohl es um denselben Betrag aus denselben Taschen der Steuerzahler geht. Nicht ganz rational, aber spannend!

Und der Referenzwert entscheidet: Ein 50 000-Franken-Kleinprojekt, das in der Endabrechnung das Doppelte kostet, löst Alarmglocken aus. Bei einer Investition über 10 Millionen Franken sind 50 000 Franken Mehrkosten kaum der Rede wert – obwohl es der gleiche Betrag ist.

Dieses Verhaltensmuster ist als «Mental Accounting» bestens bekannt: Menschen beurteilen Ausgaben anhand mentaler Konten und in Bezug auf Referenzwerte. Die reine Beurteilung nach dem Nutzen einer Ausgabe kommt oftmals zu kurz – obwohl rational gesehen dies das Kernkriterium sein sollte.

Pro «No Billag»

Für mehr Selbstbestimmung

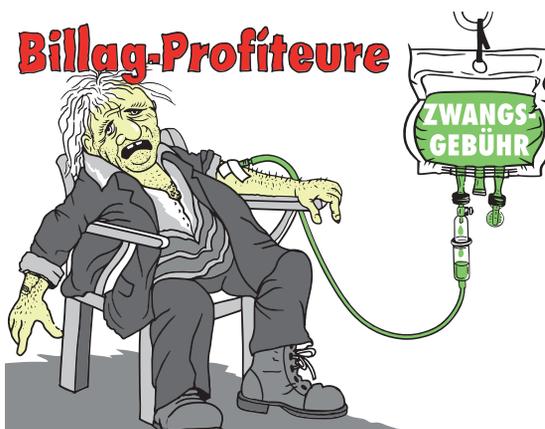
Stefan Imhof, Jannik Belser,
Dario Vötsch, Nicolas Berger,
Jungfreisinnige Schwyz

Am 4. März stimmen wir über die liberale «No Billag»-Initiative ab. Wir erhalten die Möglichkeit, eine staatliche Zwangsgebühr abzuschaffen. Mit der Radio- und Fernsehgebühr entzieht man dem mündigen Bürger das Recht auf Selbstbestimmung und untergräbt so das Verständnis von Demokratie der Schweiz. Man entscheidet über seinen Kopf hinweg, wofür er sein Geld ausgeben soll. Viele Schweizerinnen und Schweizer werden dazu genötigt, eine Dienstleistung zu bezahlen, die sie unter Umständen gar nicht nutzen – geschweige denn bestellt haben.

Der technologische Wandel ermöglichte den Trend, dass immer mehr Sparten-Kanäle (inkl. Apps, YouTube-Kanäle etc.) angeboten werden. Heute pickt man aus der Flut an Angeboten jenes heraus, was von persönlichem

Interesse ist, oder streamt einen Film aus den Angeboten von Sunrise, Swisscom oder Apple TV. Die Beibehaltung der Billag-Zwangsgebühr ist somit nicht mehr zeitgemäss und verkennt die neuen Realitäten im Medienzeitalter.

Die hitzige Debatte um die «No Billag» beweist eines ganz klar: Das Bedürfnis nach hochwertigem Journalismus besteht. Der Liberale weiss; wo der Konsument eine Nachfrage stellt, werden sich Marktteilnehmer geradezu darum reissen, dieses mit einem qualitativen Angebot zu decken. Überlassen wir die Radio- und Fernsehlandschaft dem herausragenden Werk menschlicher Kooperation, dem freien Markt!



Zusammengefasst: Die «No Billag»-Initiative will mehr Entscheidungsfreiheit für jeden einzelnen Bürger schaffen, die Konsumenten und Unternehmen entlasten, die Schweizer Wirtschaft ankurbeln, der Medienfreiheit und -vielfalt zum Durchbruch verhelfen und der Abzockerei am Volk ein Ende setzen.

Aus liberaler Sicht ist die Faktenslage klar: Ja zu «No Billag»!

Suito 1833

200 sollen es denn einst sein

200 Mitglieder hat sich Suito-1833-Präsident Franz Dörig vor Jahren auf die Fahne geschrieben. 177 Mitglieder zählt heute die FDP-Gönnervereinigung, die sich in Gersau zum Jahresbot traf.

Roger Bürgler

Die eigentliche Versammlung der Suito 1833 nach dem Apéro dauert in der Regel nur einige Minuten. Zentraler Punkt ist die Anzahl Mitglieder und somit die Summe, die man der FDP. Die Liberalen des Kantons Schwyz jährlich überweisen kann. Aktuell sind dies stolze 25 000 Franken, und wenn Wahlen anstehen sogar mehr, sagte Beirat und Finanzverantwortlicher Franz Mattig. Um der liberalen Kantonalpartei möglichst grosszügig unter die Arme greifen zu können, versuche man die 200er-Grenze zu knacken, verriet Präsident Franz Dörig, der wie alle Beiräte für weitere drei Jahre wiedergewählt wurde.

Hochspannendes Referat

Bis vor wenigen Jahren fand der traditionelle Jahresbot der Suito 1833 am Dreikönigstag statt. Heute treffen sich die Mitglieder der FDP-Gönnervereinigung jeweils am Freitag nach dem



Einblicke in die Robotik-Technologie bot Referent Dr. Roland Siegwart. FOTO: ROGER BÜRGLER

6. Januar. Geblieben ist nebst dem traditionellen Spatz zum Nachtessen, dass ein hochkarätiger Referent die Versammlung beehrt. Am Freitag im Seehotel Schwert in Gersau war dies Professor Dr. Roland Siegwart, Robotik-Forscher an der ETH Zürich. Dieser präsentierte einen hochspannenden Einblick in die unmittelbare Zukunft der Robotertechnik und was heute damit bereits möglich ist. Dabei erläuterte der Wissenschaftler mit Schwyzer

Wurzeln, dass die Schweiz mit der ETH Zürich und den daraus entstandenen Spin-off-Firmen an der weltweiten Spitze mitmisch. «Unsere Entwicklungen wie aber auch unsere Studenten sind äusserst gefragt», erläuterte Professor Dr. Roland Siegwart. Das Referat war offensichtlich nachhaltig. Es wurden viele Fragen gestellt, und die Suito-Mitglieder diskutierten in der Folge angeregt über die Entwicklung der autonomen Robotiksysteme.

FDP-Vorstösse im Überblick

mm. Die FDP setzt sich ein für eine faire Nachfolgeregelung, deshalb braucht es einen vernünftigen Kapitalisierungszinssatz bei Aktienbewertungen. Dies ist vor allem bei KMU-Nachfolgeregelungen wichtig. Es muss für uns alle von Interesse sein, dass KMU-Betriebe bei einer sich abzeichnenden Nachfolge familienintern, extern oder durch die eigenen Mitarbeiter in eine gesicherte Zukunft geführt werden und so die Arbeitsplätze im Kanton bleiben.

FDP-Kantonsräte fordern, dass die Regierung beim regionalen Entwicklungsprojekt Bahnhof Arth-Goldau endlich mehr Lead übernimmt. In der Innerschweiz ist dieses ESP ein Projekt von nationaler Ausstrahlung: Dank seiner geografischen Lage wird Goldau nebst Pendlerbahnhof zum Umsteigebahnhof von internationalen Gästen, Gästen aus dem Talkessel Schwyz und um den Zugersee, sowie von Südostbahn-Kunden, die von Ost oder West kommen. «Nun arbeitet die Gemeinde seit gut zwei Jahren mit grossem Einsatz an der Planung. Doch obwohl es sich um ein überregionales Projekt handelt, sitzt weder ein Regierungsrat noch Investitionspartner oder Wirtschaftsvertreter aus der Region in der Projektleitung», steht in der Interpellation.

Zudem fordern wir eine gewerbefreundliche Anpassung von Feiertagen: Der Josefstag soll umklassiert werden und nicht abgeschafft, wie Einzelne meinen. Er soll einzig als anerkannter, öffentlicher Ruhetag umklassiert werden. Denn er verursacht heute für interkantonal und national tätige Unternehmen mit Sitz im Kanton Schwyz im Vergleich zu ausserkantonalen Wettbewerbern zusätzliche Kosten ohne einen eigentlichen Mehrwert. Im Gegenzug schlagen die FDP-Kantonsräte vor, dass der Ostermontag wie auch in fast allen anderen Kantonen zu einem dem Sonntag gleichgestellten Feiertag heraufgestuft werden soll.

Rückblick

Kantonsratssession vom Dezember

Roger Züger, Kantonsrat, Schübelbach



In der Dezember-Session konnte der Regierungsrat seit Jahren wieder einmal ein Budget mit einem Ertragsüberschuss präsentieren, was vom Grossteil der Kantonsräte erfreut zur Kenntnis genommen wurde. Die SP monierte, dass dieses erfreuliche Resultat nur aufgrund des massiven Leistungsabbaus möglich sei, und kritisierte erneut die Entlastung der oberen Einkommen auf

das Schärfste. Sie vergass dabei, dass der gerade 2015 eingeführte Kantonsrat für höhere Einkommen Mehreinnahmen ermöglicht.

Intensive Diskussionen wurden bei der Festlegung des Steuerfusses für juristische Personen geführt. Auch wenn die Ratslinke wiederholt höhere Steuern forderte und von einer Subventionierung der Betriebe sprach, setzte sich der Steuerfuss von 170 Prozent durch. Die FDP begrüsst den Entscheid und ist von der Signalwirkung überzeugt. Es ist notwendig, für Unternehmen weiterhin attraktiv zu sein, denn der Erhalt der gesunden und he-

terogenen KMU-Landschaft, welche eine hohe wirtschaftliche Stabilität auch in Krisenzeiten ermöglicht, ist für unseren Kanton äusserst wichtig.

Mit nur einer Gegenstimme wurde der Leistungsauftrag und Globalkredit der Pädagogischen Hochschule Schwyz angenommen. Die Streichung der Schwankungsreserve bot ebenfalls wenig Diskussionsstoff und wurde mit 84 zu 4 Stimmen angenommen. Die Motion zur Verlängerung der Norm zur Ausgabenbremse wurde von den linken Parteien als unnötig taxiert, schlussendlich aber mit 52 zu 38 Stimmen für erheblich erklärt.

Jungfreisinnige Kanton Schwyz

Jungfreisinnige kämpfen gegen staatliche Internet-Zensur

Am 18. Januar wurden über 65 000 Unterschriften gegen das im Herbst beschlossene Geldspielgesetz eingereicht. Dem Jungfreisinn gehen diese Einschränkungen zu weit.

In den letzten Monaten sind die Jungparteien, allen voran der Jungfreisinn, derart stark in den Medien präsent wie seit langem nicht mehr. Ende 2017 und Anfang 2018 haben sie zusammen mit ihren Partnern landesweit Unterschriften für das Referendum gegen das Geldspielgesetz gesammelt. Das Ergebnis ist erfolversprechend: Am 18. Januar konnten über 65 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht werden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können nun über dieses wichtige Thema befinden.

Worum geht es?

In der vergangenen Herbstsession verabschiedete das Parlament das revidierte Geldspielgesetz. Das neue Gesetz erlaubt es nur noch den einheimischen Casinos, Online-Glücksspiele durchzuführen. Ausländische Anbieter werden mit einer Netzsperrung belegt und können in der Schweiz nicht mehr aufgerufen werden. Die Jungfreisinnigen sind klar der Meinung, dass ein freies Internet zu einer liberalen Gesellschaft und einer liberalen Wirtschaft gehört. Wenn der Staat nun

beginnt, Internetsperren aufzubauen, um die heimischen Anbieter zu schützen, betreibt er Protektionismus erster Güte. Mit dem Entscheid für Netzsperrungen schafft das Parlament einen gefährlichen Präzedenzfall, der weiteren Eingriffen in die Freiheit des Internets Tür und Tor öffnet und all jenen Bestrebungen als gutes Beispiel dient, die unliebsame Konkurrenz im Internet einfach aussperren wollen. Dabei liegt eine sinnvolle Lösung auf der Hand: Das ausländische Online-Angebot soll integriert und die entspre-

chenden Unternehmen reguliert und besteuert werden.

Wichtige Einnahmen sichern

Damit sichern wir wichtige Einnahmen für Kantone, Jugend + Sport und AHV/IV. Mit diesem Referendum will sich der Jungfreisinn starkmachen für den freien Wettbewerb und die liberalen Werte verteidigen, welche die Schweiz erfolgreich machen.

Dies und das



Irene Thalmann, Generalsekretärin der Liberalen Frauen Schweiz, zeigte ihre Bowling-Künste am Geschäftsstellen-Anlass der FDP Schweiz.



Der Brunner Kantonsrat René Baggenstos feierte Thanksgiving nach üblich amerikanischer Art mit einem «stuffed turkey» – oder will er viel-

leicht Kantonsrat Robert Gisler Konkurrenz machen?



Luzi Schnidrig ist Patriot durch und durch und hat die Schweizer Fahnen immer und überall mit dabei.



Fraktionspräsident Dominik Zehnder trainiert für das Parlamentarier-Skirennen.



Die Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Schwyz, Evelyne Marciante, und Julia Cotti begleiteten die FDP-Frauen-Präsidentin Doris Fiala nach Strasbourg zum Besuch des Europarates. Mit dabei auch alt Kantonsrätin und Generalsekretärin der FDP-Frauen Schweiz Irene Thalmann. «Es war ein supertoller Tag!», zeigte sich unsere kantonale Parteisekretärin und Jungliberale Julia Cotti begeistert.

Agenda

17. Februar: Galgener Gipfeltreffen

19. Februar: Parteiversammlung FDP Küssnacht

23. Februar: Mitgliederversammlung Jungfreisinnige SZ

27. Februar: Mitgliederversammlung FDP Wollerau

7. März: GV FDP Frauen SZ

13. März: GV und DV FDP Einsiedeln

24. März: Eidg. Delegiertenversammlung

27. März: Kant. Delegiertenversammlung

28. März: Parteiversammlung FDP Schwyz

4. April: GV FDP March

7. April: Auftrittskompetenzkurs für Frauen, durchgeführt von Ortsparteipräsidentin Lilian Schönbächler

13. April: Höck FDP Galgenen